

Laibacher Zeitung.

Nr. 56.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 7. März

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: mal 60 fr., 2m. 80 fr., 3m. 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1868.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 6. März.

Die Reise des Prinzen Napoleon scheint immer mehr an politischer Bedeutung zu verlieren.

Pariser Briefen zufolge reist Prinz Napoleon nach Berlin in einer Mission, mit der er sich selbst betraut und die den Zweck hat, den preussischen Hof von einem Einverständnis mit Rußland abzuwenden. In Paris wurde dem Prinzen ausdrücklich erklärt, er könne bloß als privater Besucher seiner Anschauungen und Absichten reisen, keineswegs aber den Charakter eines Abgesandten der französischen Regierung sich beilegen, und wurde auch dem Prinzen zu verstehen gegeben, daß man kein großes Vertrauen in das Gelingen seiner Unternehmung setze.

Diese freiwillige Entfernung des Prinzen Napoleon von Paris erregte um so mehr das Wohlgefallen des Kaisers, als seine Abwesenheit eben in die Zeit fällt, in welcher auch das neue Preßgesetz im Senate zur Discussion kommen wird.

Der „France“ zufolge reist der Prinz nur zu seinem Vergnügen, dem er nicht nur in Berlin, sondern auch in Stuttgart, München und Wien nachgehen dürfte.

Von Seite Rußlands scheint im Momente in Betreff der orientalischen Frage ein Einklinken stattzufinden. Die „Revue des deux Mondes“ enthält folgende, offenbar inspirirte Note:

„Vene, welchen die orientalische Frage wie Opium oder Haschisch das Gehirn betäubte, wollten wissen, daß Frankreich eine Note an Rußland gerichtet habe, um gegen dessen Umtriebe in der Türkei zu protestiren. Niemals war eine Nachricht falscher; es hat kein Notenaustausch zwischen Paris und St. Petersburg stattgefunden. St. Petersburg scheint sogar artiger geworden zu sein; die Instructionen dieses Hofes an seine Agenten im Orient lauten dahin, daß man den slavischen und orthodoxen Bevölkerungen den Schutz Rußlands zwar als immer gegenwärtig darstellen, gleichfalls aber Geduld und Erhaltung der Ruhe empfehlen solle.“

Diese plötzliche Wandlung in den Urtheilen der Pariser inspirirten Presse bezüglich der Stellung Rußlands zu den orientalischen Angelegenheiten wird in diplomatischen Kreisen in Zusammenhang gebracht mit einer sich vorbereitenden neuen Wendung der Orientpolitik des Tuilerien-Cabinetts. Man signalisirt die Möglichkeit, wenn nicht Wahrscheinlichkeit, einer Annäherung oder vielmehr Wiederannäherung Frankreichs und Rußlands in Bezug auf die orientalische Frage, die vielleicht zu einer neuen Gruppierung der Mächte führen könne.

76. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 5. März.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Fürst Auersperg, Graf Taaffe, Dr. Giskra, Dr. Herbst, Dr. Berger.

Präsident v. Kaiserfeld eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 50 Min.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Die eingelaufenen Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.

Es wird zur Tagesordnung geschritten.

Abg. Plankensteiner erhält das Wort, um seinen Antrag auf Revision des Heerseeinquantierungs-gesetzes zu begründen.

Der Antragsteller schildert die Mißbräuche, welches dieses Gesetz im Gefolge hat, und erklärt, daß dasselbe den Militar-despotismus zum Gesetz erhebe. Es widerspreche dem Principe der Gleichberechtigung und sei mit dem Rechtsstaate ganz unvereinbar. (Bravo!)

Redner beantragt, seinen Antrag an einen aus den Abtheilungen zu wählenden Ausschuß von 9 Mitgliedern zur Vorberathung zu verweisen. (Wird angenommen.) Die Wahl wird nach der Sitzung vorgenommen werden.)

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses zur Revision des Wuchergesetzes über den Entwurf eines Gesetzes, wodurch die gegen den Wucher bestehenden Gesetze aufgehoben werden.

Dr. Klier erstattet den Bericht.

Der Ausschuß legt den Gesetzentwurf, wodurch die gegen den Wucher bestehenden Gesetze aufgehoben werden, zur Annahme vor.

Präsident eröffnet die Generaldebatte.

Se. Excellenz Justizminister Dr. Herbst: Ich will mich darauf beschränken, zu erklären, daß die Regierung den Principien, auf welchen der vorliegende Gesetzentwurf beruht, vollkommen beipflichtet. Sie erkennt diese Principien darin, daß einerseits die gegen den sogenannten Wucher als solchen bestehenden Strafgesetze zu entfallen haben, daß ferner jede Beschränkung in den Zinsen und jede Zinstaxe wegzufallen habe und daß endlich jene Bestimmungen des b. G. B. als aufgehoben anzusehen seien, welche in einem nothwendigen und unmittelbaren Zusammenhange mit den Wuchergesetzen stehen und welche gewisse Verabredungen eben deshalb als verboten erklären, weil dadurch das Verbot, höhere als die erlaubten Zinsen zu nehmen, umgangen wird.

Der Herr Berichterstatter hat schon bemerkt, daß die Regierung der Ansicht ist, einzelne von den im Ausschlußantrage als aufgehoben zu erklärenden Bestimmungen seien nicht aufzuheben, und hat insbesondere die §§ 1297, 1333, 1335 und 1336 als solche angeführt, auf deren Aufhebung von Seite des Ausschusses weiter nicht bestanden wird.

Die Einsichtnahme in diese Paragrafen zeigt wirklich, daß, wenn sie aufgehoben würden, dadurch eine Forderung ausgesprochen wäre, welche sich aus den gedachten Principien nicht ergibt.

Die Regierung ist aber der Ansicht, daß dasselbe auch bezüglich des § 1371 gilt, und wird daher bei der Specialberathung über § 7 des vorliegenden Gesetzes noch den Antrag stellen, daß auch § 1371 unter den aufzuhebenden Paragrafen des b. G. B. weglassen werde.

Abg. Greuter ergreift das Wort, weil das vorliegende Gesetz eine wichtige sociale Frage involvire. Zuerst bekämpft Redner den Bassus des Berichtes, welcher erwähnt, daß in alter Zeit dem Zinsnehmer selbst Abendmahl und kirchliches Begräbniß versagt wurde, und sagt dann, der Ausschuß habe es sich leicht gemacht, indem er annahm, daß Wuchergesetze mit dem eigenthümlichen Wesen des Capitals unvereinbar seien. In früheren Zeiten habe es eben kein productives Capital gegeben, sondern nur productive Arbeit.

Heute sei nur das Capital productiv und die Arbeit zu dessen Hülfsmittel degradirt. Von diesem Gesichtspunkte glaubt Redner rechtfertigen zu können, daß die alte Zeit den Wucher verfolgte. Damals, als die Arbeit allein producirt wurde, wurden Darlehen nur zu Consumtionszwecken und aus Noth genommen, und bei solchen socialen Verhältnissen kann man der Kirche keinen Vorwurf machen, wenn sie den Wucherer von dem Mahle der Liebe ausschloß. Anders seien die Verhältnisse heute, wo wohl auch Darlehen zu consumtiven Zwecken abgeschlossen werden, aber der größte Theil derselben verfolge productive Zwecke, und da sei wohl der Zins nichts anderes als eine ökonomische Verwerthung des Capitals.

Die sociale Frage in ihrer Allgemeinheit ins Auge fassend, sagt Redner, es liege in der liberalen Strömung der Zeit, den Feudalismus zu beseitigen, und da habe der Staat seine Hilfe angeboten, um ein Drittel der Kosten der Entlastung des Bodens zu tragen; inzwischen hat sich ein anderer Feudalismus herausgebildet, der der Finanzbarone, welcher den kleinen Geldadel ganz in sein Netz zieht und beherrscht.

Auf die jüngste Arbeiterbewegung anspielend erinnert Redner an seine Worte, welche er vor einiger Zeit im Hause gesprochen und wo er ausgesprochen, daß der Tag kommen werde, wo der Arme sagen werde: die Reichen haben einen guten Tisch, wir wollen auch einen solchen. (Heiterkeit.) Den arbeitenden Gewerbestand habe das Capital bereits aufgesogen, jetzt gehe es an die Landwirtschaft, um aus dem freien Bauernstand Pächter zu machen, und dieses sei es hauptsächlich, warum er sich gegen das Gesetz aussprechen müsse.

Sich gegen den Liberalismus im allgemeinen wendend, bemerkt Redner, derselbe verlange Indifferentismus in religiösen Dingen, und jetzt gehe er daran, den häuslichen Herd zu zerstören. Man verweise immer auf England und das reiche Preußen; in London verhungern, wie die Statistik nachweist, jährlich 4000 Personen, in Preußen gehören 74 pCt. der Bevölkerung der Armuth an. Ein Fehler in der Politik lasse sich verbessern, nicht so ein Fehler in der socialen Frage, welcher auf lange Zeit einen ganzen Stand zu Grunde richten kann.

Dr. Dienstl fragt vor allem, woher denn die Kirche überhaupt das Recht genommen habe, sich in eine so weltliche Angelegenheit, wie der Capitalverkehr

sei, zu mischen. Die Unterschiede, welche Abg. Greuter zwischen alter und Jetztzeit bezüglich der Production machte, seien ganz unrichtig. So lange es Arbeit gibt, hat man auch des Capitals bedurft. Wenn die alte Zeit verbot, Zinsen zu nehmen, so konnte sie doch den Capitalisten nicht zwingen, sein Geld herzugeben, und so war es nach der Ansicht der Kirche löblicher, den Hilfsbedürftigen ohne Hülfe zu lassen, als Zinsen zu verlangen.

Das große Capital bedürfe der Aufhebung der Wuchergesetze nicht, denn für dieses bestehen die Wuchergesetze nicht. Aber gerade im Interesse der Landbevölkerung, welche er (Redner) vertritt, müsse er für die Aufhebung der Wuchergesetze sprechen. Der Bestand derselben hatte zur Folge, daß der kleine Landwirth kein Geld bekam, und er könne es aussprechen, daß gerade die Wuchergesetze an dem Ruin vieler kleiner Landwirthe Schuld waren.

Für den bäuerlichen Besitz sei es aber nothwendig, daß mit den Wuchergesetzen auch der Verpfändungszwang aufgehoben und eine freie Bewegung im Grund und Boden hergestellt werde. Es sei höchste Zeit, mit den Zinsbeschränkungen ein Ende zu machen. Rundum seien dieselben gefallen, und glaubt der Abg. Greuter, daß das capitalsarme Oesterreich dieselben allein aufrecht halten könne, und daß das fremde Capital dieselben sich werde gefallen lassen? Aus diesen Gründen befürworte er die Annahme des vorliegenden Gesetzes. (Bravo!)

Dr. Ryger ergreift das Wort gegen das Gesetz. Die kleinen Landwirthe hätten nicht durch das Wuchergesetz gelitten, sondern gerade durch das theuere Capital. Redner ergreift sich hierauf in eine historische und theoretische Auseinandersetzung des Wuchers und der denselben betreffenden Gesetze.

(Schluß folgt.)

Reichsräthliche Delegation.

(Sitzung des Plenums des Budgetausschusses.) Von Seite der Regierung waren anwesend: der Reichs-Finanzminister Freiherr v. Becke, der Reichs-Kriegsminister Freiherr v. Ruhn, f. l. Generalmajor v. Jäptner (Artillerie-Referent), f. l. Oberst v. Revösch, f. l. Artillerie-Oberlieutenant v. Neumann, f. l. Oberst v. Tunkler und f. l. Generalkriegscommissär v. Früh.

Gegenstand der Berathung bildeten die von uns bereits mitgetheilten Beschlüsse der Section für das Kriegsbudget, betreffend das Extra-Ordinarium der Landarmee für das Jahr 1868.

Auf Grund des vom Berichterstatter Dr. Ritter v. Demel vorgetragenen mündlichen Berichts, wurden sämtliche Anträge des Subcomités unverändert angenommen, und demnach beschloffen, folgende Posten für das Extra-Ordinarium, und zwar als einmaliges außerordentliches Erforderniß zur Einstellung in das Budget pro 1868 zu beantragen:

Für Neubewaffung gegen die von der Regierung beantragte Ziffer von 21,700.000 fl.	
den Betrag von	17.825.000 fl.
für Monturergänzung, entsprechend der Regierungsvorlage	2,700.000 fl.
für einen neu organisirten Armeetrain, entsprechend der Regierungsvorlage	685.000 fl.
für Remonten-Anschaffung gegen die von der Regierung beantragte Summe von 126.000 fl. den Betrag von	94.584 fl.
endlich für das Militär-Sanitätswesen, entsprechend der Regierungsvorlage den Betrag von	75.000 fl.

11. Sitzung der Delegation des ungarischen Reichstages.

Wien, 4. März.

Präsident: Somssich.

Auf der Ministerbank: Andrássy, Becke, Conhah und Sectionschef Adolf Erlövy aus dem gemeinsamen Finanzministerium.

Nach Authenticirung des Protokolls theilt der Präsident mit, daß die Reichsräthliche Delegation ihre Beschlüsse über das Militärbudget eingesendet habe. Dieselben werden dem Dreißiger-Ausschusse übergeben. Hierauf setzt der Präsident seine Ansichten über den Verlauf der nun beginnenden Budgetberathung auseinander und stimmt die Versammlung den Ausführungen des Präsidenten zu.

Nun betrat im Sinne des acceptirten Geschäftsganges der Ausschußreferent Anton Eszengery die Be-

richtertribüne und verlas die von uns bereits veröffentlichten Berichte über das Budget des gemeinsamen Finanzministeriums und über das anzuhoffende Zolltragniß. Sodann legte Ludwig Horvath als Referent der Finanzabtheilung eine vergleichende Zusammenstellung der obigen Referate und der einschlägigen Beschlüsse der Reichsraths-Delegation vor. Der Inhalt dieser Zusammenstellung ist der folgende:

„Die Subcommission hat die Feststellungen der Reichsraths-Delegation und ihre eigenen Feststellungen verglichen und gefunden, daß hinsichtlich der Centralcasse, der Rechnungsabtheilung bei der Centralcasse und des obersten Rechnungshofes das Resultat ein gleiches ist. Auch verlegen beide das Budget der Rechnungsabtheilung für die Marine in's Militärbudget. Abweichend aber sind die beiderseitigen Beschlüsse in Folgendem:

1. Die Subcommission hat die Kosten der Centralleitung auf 100.000 fl., die Reichsraths-Delegation auf 108.300 festgestellt.

2. Die Subcommission hat die Kosten der consolidirten und schwebenden Schuld und der Pensionen nicht behandelt, hingegen hat dies die Delegation des Reichsraths gethan, und zwar die Kosten der consolidirten Schuld und der Pensionisten unter Wahrung des Verfügungsrechtes der Legislative, die Kosten der schwebenden Schuld ohne diese Reserve.

3. Die Delegation des Reichsraths wollte das gemeinsame Ministerium auffordern, hinsichtlich des obersten Rechnungshofes und der Staatsschuldengedahrung verschiedene verfassungsmäßige Verfügungen zu treffen; die Subcommission konnte dies von ihrem Gesichtspunkte aus nicht thun.

4. Die Reichsraths-Delegation hat die Kosten der Militärbuchhaltung im Budget des gemeinsamen Finanzministeriums belassen, die Subcommission nicht.

5. Die Subcommission streicht vom verlangten Reservecredit 10.000 fl., die Reichsraths-Delegation streicht denselben ganz.

6. In eine Prüfung der Zolleinnahmen läßt sich die Reichsraths-Delegation nicht ein und erwähnt bloß, daß der in Silber einkommende Theil derselben in Metallwährung zu verrechnen sei; die Subcommission erhöht die veranschlagten reinen Einnahmen von 6,482.191 fl. auf 8 Millionen Gulden.“

Bei der Abstimmung wird das Ausschussreferat einstimmig als Gegenstand der Specialdebatte angenommen. Diese beginnt. Die Absätze über die consolidirte und schwebende Schuld werden ohne Discussion genehmigt.

Nun nimmt der durch ein Schreiben des gemeinsamen Finanzministeriums als Vertreter dieses Ministeriums vor der ungarischen Delegation vorgestellte Sectionschef Erkövy das Wort:

Das Ministerium hat seinen Standpunkt, den es in dieser Frage eingenommen hat, schon in der von demselben gemachten Vorlage bekannt gegeben. Es ist von den gemeinsamen Ausgaben und gleichzeitig von den Beträgen die Rede. Das gemeinsame Ministerium kann als verfassungsmäßig verantwortliches überhaupt diese Ausgaben nur aus einer ihm bestimmt angewiesenen Quelle decken. Dieser Ansicht trat auch die Reichsrathsdelegation bei, mit dem Vorbehalte, daß hierdurch weder das Recht der ungarischen, noch auch der anderen Legislative beeinträchtigt werde. Dagegen hält sich diese hochgeehrte Delegation zur votirung jener Beträge für incompetent, indem sie dieselbe gerade der Legislative zuweist. Der Regierungsvertreter lenkt die Aufmerksamkeit der Delegation auf die besondere Dringlichkeit einer bereits im Gange befindlichen Sache hin. Dieser Gegenstand involvirt überdies noch eine weitere wichtige Angelegenheit, nämlich die sobald als mögliche Activirung des obersten Rechnungshofes. Das gemeinsame Finanzministerium wird sich durch den obersten Rechnungshof und durch die strengste Evidenzhaltung sehr gestärkt fühlen. Ebenso wird gewiß sich das große Publicum, welches im Besitze der Staatspapiere sich befindet, eine bedeutende Beruhigung darin finden, wenn ein öffentliches Organ über die diesbezügliche Gedahrung wacht.

Bei dem Abschnitte über Centralleitung beantragt Zsedenyi, daß das Personal der Centralleitung folgendermaßen zusammengestellt werde: Aus dem gemeinsamen Finanzminister, zwei Ministerialrathen, drei Secretären, drei Concipisten, einem Director, einem Hilfsamtsadjuncten, sieben Kanzleibeamten, einen Thürsteher, drei Dienern und einem Portiere, deren Gehalt sammt den Quartiergebern zusammen 49.517 Gulden betragen würden. Zur Instandhaltung des Gebäudes, der Erfordernisse des Hauses, des Amtes und der Kanzleien würden 16.000 Gulden ausgeworfen, so daß das jährliche Erforderniß für die Centralleitung mit 65.517 Gulden eingestellt und demnach von den beantragten 129.516 Gulden die Summe von 66.799 Gulden gestrichen werden würde.

Radislaus Tisza bekämpft die Ansichten des Vorredners, macht namentlich geltend, daß es denn doch nicht schicklich sei, die Beamten in der Zwischenzeit und ohneweiters wegzuschicken.

Zu demselben Sinne äußert sich Regierungsvertreter v. Erkövy: Das Ministerium hält es für eine seiner lobenswerthesten Aufgaben, die Ausgaben zu vermindern und die Sparfamkeit in jeder Weise zu fördern, nichtsdestoweniger erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß die in Rede stehende Geschäftsgebarung im allgemeinen

nicht so einfach ist, namentlich jetzt, wo die Schwierigkeiten des Uebergangsstadiums zu überwinden sind, daß man über jene Geschäfte so kurzweg den Stab brechen könnte. Schließlich erkläre ich, daß die ins gegenwärtige Präliminarium aufgenommenen Ausgaben und der betreffende amtliche Organismus auf Grundlage einer so gründlichen Erwägung und eines so eingehenden Studiums zu Stande gebracht wird, daß ich wahrlich im Falle der Nichtvotirung desselben erklären müßte, das Ministerium sei nicht in der Lage, die Verantwortlichkeit hierüber mit ruhigem Gewissen zu übernehmen. (Rufe: Das wäre also eine Cabinetsfrage!)

Koloman Tisza bemerkt gegen Radislaus Tisza, daß, wenn das von diesem ausgesprochene Princip, die einmal angestellten Beamten nicht zu entlassen, zur Geltung gelangen sollte, jede Ersparung zur Unmöglichkeit wird.

Anton Zichy bezweifelt nach den Ausführungen Zsedenyi's, daß der vom diesem empfohlene Organisationsplan praktischer wäre, als der des gemeinsamen Finanzministeriums. Ueberdies sei es nicht Aufgabe dieser Versammlung, wie überhaupt keiner gesetzgebenden Körperschaft, der Executive fertige Organisationspläne aufzuotrochiren.

Esengery nimmt als Berichterstatter das Schlußwort, um das Referat gegen Zsedenyi's Antrag zu vertheidigen. Falls letzterer angenommen würde, so fiel die ganze Last der Verantwortlichkeit für die Tüchtigkeit der neu geschaffenen Organisation der Delegation zu.

Bei der Abstimmung wird der Ausschussantrag angenommen.

Hierauf gelangen die Abschnitte über die Centralcasse und die Central-Rechnungsabtheilung, dann über den obersten Rechnungshof zur Verlesung. Beide werden ohne Debatte angenommen.

Bei dem Abschnitte über den Reservecredit überreicht Eduard Zsedenyi ein Amendement, betreffend die Streichung der vom Subcomité unter dem Titel „Reservecredit“ eingestellten Post von 40.000 fl. Zsedenyi hält das gemeinsame Finanzministerium nicht für competent zur Deckung außerordentlicher, von den Reichstagen nicht bewilligter Ausgaben. Es sei gefährlich, das Finanzministerium mit Geldmitteln ad libitum zu versehen, da es ohnehin Gelüste zeige, seine Competenz zu erweitern. Ueberdies könne ja das gemeinsame Finanzministerium, wenn wirklich unvorhergesehene Ausgaben sich ergeben sollten, Vorschüsse von den zwei anderen Finanzministern verlangen. (Widerspruch.)

Regierungsvertreter Erkövy: Das Ministerium wurde eben durch seine parlamentarische Gesinnung und durch sein Pflichtgefühl bestimmt, den Reservecredit ins Präliminare einzustellen, denn daß es unvorhergesehene Ausgaben geben kann, ist augenscheinlich. Meine Ansicht und Ueberzeugung geht dahin, daß, wie überhaupt kein Hauswesen, so auch das in Rede stehende ohne Extraordinarium nicht recht bestehen kann.

Zsedenyi verweist auf England, wo der Titel „unvorhergesehene Ausgaben“ trotz hundertjähriger parlamentarischer Gepflogenheit unbekannt sei. Die Ehre dieser Erfindung gebühre ganz allein der österreichischen Regierung.

Franz Pulszky entgegnet hierauf, daß allerdings in England der Titel „unvorhergesehene Ausgaben“ nicht vorkomme; man verlange dieselben dort einfach unter dem Titel „verschiedene Ausgaben.“ Und dies sei der Gepflogenheit, Nachtragsforderungen zu verlangen und zu bewilligen, weitaus vorzuziehen.

Noch sprechen Szecsen und Koloman Tisza gegen Zsedenyi's Antrag. Letzterer erklärt, daß auch der Beschluß der Reichsraths-Delegation seinen Ansichten nicht entspreche; denn diese gewähre statt des Credits das Virement, welches er niemals bewilligen wolle.

Bei der Abstimmung wird Zsedenyi's Amendement verworfen.

Das Ausschussreferat ist somit auch in der Specialdebatte angenommen und wird die dritte Lesung morgen erfolgen.

Nächste Sitzung morgen um 11 Uhr.

12. Sitzung der Delegation des ungarischen Reichstages.

Wien, 5. März.

Präsident Somssich, Schriftführer Horvath. Auf der Ministerbank Tornyay und Sectionschef Adolf Erkövy.

Nach Authentisirung des Protokolls der gestrigen Sitzung, die auf Antrag Bonis' und Tisza's punktweise und mit einigen stilistischen Aenderungen erfolgte, wurde das Referat des Budgetausschusses über das Budget des gemeinsamen Finanzministeriums und über das anzuhoffende Zolltragniß in dritter Lesung angenommen. Dieser Beschluß wird vermittelt Präsidialschreibens und unter Beilegung jener Theile des gestrigen Protokolls, die sich auf die mitgetheilten Beschlüsse der jenseitigen Delegation beziehen, sowie des heutigen Protokollauszuges der jenseitigen Delegation mitgetheilt werden.

Die ungarische Delegation wird morgen Freitag eine öffentliche Sitzung halten.

Anklage gegen den Präsidenten Johnson.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Andreas Johnson, ist in Anklagestand versetzt worden und der Proceß gegen ihn wird in der nächsten Woche vor dem Senate geführt werden. Die Amerikaner verstehen keinen Spaß. Der Nachfolger des edlen Lincoln wollte Staatsstreichpolitik treiben und diesem Gelüste setzte das Abgeordnetenhaus durch die Anklage ein Ziel. Die Thatfachen, um die es sich hier handelt, sind in allgemeinsten Umrissen folgende:

Johnson, der vom ermordeten Lincoln das ernste Vermächtniß übernommen hatte, den durch so furchtbare Opfer über die Sklavenbarone des Südens erkaufenen Sieg fruchtbar zu machen, näherte sich den Befiegten und begann sie offen zu unterstützen. Zu Anfang des Jahres 1867 beschloß der Congreß ein Gesetz, welches die südlichen Rebellenstaaten in fünf Militärbezirke theilte, um dadurch etwaige neue Versuche der Sklavenhalterpartei unmöglich zu machen. Gleichzeitig gab der Congreß ein Gesetz, welches dem Präsidenten verbot, irgend einen Beamten oder Minister eigenmächtig abzusetzen. Dieses Gesetz, welches gleichzeitig Zeden, der das Amt eines vom Präsidenten eigenmächtig abgesetzten Beamten übernehmen würde, mit zehnjähriger Gefängnißstrafe bedrohte, heißt die „Tenure of Office-Act“ und der Verlegung dieses Gesetzes ist Johnson zunächst angeklagt.

Der Kriegsminister Stanton stand ihm nämlich nicht zu Gefichte, denn Stanton wollte seine Politik im Süden nicht unterstützen und vom Kriegsminister zunächst hatten die Befehlshaber der fünf Militärdistricte ihre Befehle zu empfangen. Als nun der Congreß sich vertagt hatte, erklärte Johnson, die gedachte Acte, binde ihn nicht in Bezug Stanton's, da dieser schon vom früheren Präsidenten ernannt worden sei und das Gesetz sich nur auf die von ihm, Johnson, ernannten Beamten beziehe. Stanton wurde abgesetzt und das Kriegsministerium dem Sieger von Richmond, dem General Grant, übertragen.

Als der Congreß wieder zusammentrat, setzte er, das geschah Mitte Jänner, Stanton wieder in sein Amt ein und Grant zog sich ohne Widerrede zurück. Er hat das Amt nur übernommen, um es nicht in die Hände eines Menschen gelangen zu lassen, der Johnson ganz zu Diensten gewesen wäre. Der Präsident wollte nun den General Grant bewegen, keine Befehle vom Kriegsminister Stanton auszuführen, die im Widerspruche mit den Anordnungen des Präsidenten stehen würden. Grant jedoch erklärte, er müsse dem im Amte stehenden Kriegsminister Folge leisten. Es entspann sich in Folge dessen eine merkwürdige Polemik. Johnson warf Grant vor, der Letztere hätte ihm versprochen, sich an die Wiedereinsetzung Stanton's nicht zu kehren.

Diese Behauptung erklärte Grant als eine einfache Lüge und die Minister stimmten Grant bei, gegen den Johnson darauf die Klage auf Insubordination erhob. Jetzt aber ging dem Congresse die Geduld aus. Er versetzte den Präsidenten, der die Drohung hatte fallen lassen, er gedenke die „Existenz der Nation“ im Nothfalle selbst gegen die Verfassung, also durch einen Staatsstreich „zu retten“, in Anklagezustand, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird Johnson, der mit aller Gewalt wieder zum Präsidenten gewählt werden wollte, verurtheilt werden.

Der Gerichtshof ist der Senat, dem in diesem Falle der Oberrichter vorsitzt. Das Schuldurtheil muß durch Zweidrittel-Majorität gefällt werden. Nicht bloß die augenblickliche Entfernung vom Amte und die Entziehung aller bürgerlichen Rechte ist die Folge einer Schuldigsprechung, sondern es tritt dann erst der gewöhnliche Criminalproceß ein. Die Rolle Johnson's, der von dem bürgerlichen Gewerbe eines Schneiders bis zur höchsten Stelle in der Republik emporgestiegen war, ist nun ohne Zweifel zu Ende. Die Sklavenbarone, die ihn zu ihrem Werkzeuge zu machen verstanden hatten, erleiden ihre letzte Niederlage und das öffentliche Recht, das seit der südstaatlichen Rebellion ins Schwanken gerathen war, wird sicher durch den Proceß, der dem pflichtvergessenen Präsidenten gemacht wird, wieder befestigt werden.

Rusland.

Berlin, 5. März. (Prinz Napoleon) ist heute eingetroffen und besuchte den König und die Königin, erhielt sodann den Gegenbesuch des Königs und speiste mit seinem Gefolge bei dem Könige.

— (Ueber den gegen Hiezing geführten Schlag) schreibt die Debatte: Der von Berlin aus gegen die in Hiezing weilende Welfenfamilie in Aussicht gestellte Streich ist nun gefallen. Die preussische Regierung hat das Vermögen des Königs von Hannover versequstrirt. Durch diese Maßregel wird der kaum erst mit dem König von Hannover abgeschlossene Vertrag wieder annullirt und der bereits depofitirte König nochmals depofitirt. Hochherzig darf die neueste Maßnahme des preussischen Cabinets nicht genannt werden, und es ist sehr kleinlich, wenn man das Vermögen des Königs Georg „für die Sicherheit des preussischen Staates“ mit Beschlag belegt. Immerhin aber möge man in Hiezing aus allem dem die Lehren ziehen, die sich daraus von selbst ergeben und die sich auch jedem nüchtern und objectiv Denkenden von selbst aufdrängen.

— (Die öffentliche Meinung) scheint in Spanien und Portugal wieder einmal sehr erregt zu sein. Ueber einen Theil von Ober-Arragonien wurde der Belagerungszustand verhängt, angeblich um dem Schmugglerunwesen Schranken zu ziehen. Man wird sich aber nur schwer entschließen können, in dieser Angelegenheit einen wirklich stichhaltigen Grund zu sehen. Wahrscheinlich ist es, daß die Regierung sich genöthigt sieht, carlistischen Umtrieben gegenüber Ausnahmestände zu schaffen. — Aus Lissabon wird gemeldet, daß das Volk in den Straßen dieser Hauptstadt die Königin von Portugal in effigie verbrannt habe.

Washington, 4. März. (Die Repräsentantenkammer) nahm einen Zusatzartikel zum Anklageact Johnsons an, wonach Johnson eines schweren Verbrechens beschuldigt wird, weil er die Congressacte öffentlich für ungesetzlich erklärte.

Tagesneuigkeiten.

— (Erinnerungshalle für Kaiser Max.) Wie die „Triester Bzg.“ aus verlässlicher Quelle erfährt, soll durch den in Dresden lebenden Wiener Maler Joseph Frankl — der durch seine Arbeiten in Windsor Castle, sowie durch die Ausschmückung des Mausoleums der Herzogin von Kent auch in weiteren Kreisen bekannt wurde — die Idee angeregt worden sein, dem Kaiser Max in Triest eine Erinnerungshalle zu errichten.

— (Nachahmenswerth.) Zu Ende des Jahres 1850 hielt ein kleiner, von der Gräfin Pauline Nostitz eingeladener Kreis von Frauen in Wien eine Besprechung, um auf Grund einer vom Feldzeugmeister Welden angeregten Idee in den Vorstädten und der nächsten Umgebung Wiens Arbeitsschulen zu errichten, in welchen Mädchen der ärmsten Volksklassen in weiblichen Handarbeiten unterrichtet, an eine nützliche Beschäftigung gewöhnt und in die Lage versetzt werden sollen, ihren Erwerb auf redliche Weise zu finden. Besonders sollte dabei durch persönliche Einwirkung gebildeter Frauen auf die sittliche Heranbildung dieser Mädchen Einfluß genommen werden. Durch Geschenke des Baron Sina, des Freiherrn v. Welden selbst und anderer kam rasch ein Stammcapital von 40.000 fl. zusammen und es wurden nacheinander 16 Arbeitsschulen in Wien errichtet. Die Schülerinnen sind Mädchen von 7 bis 13 Jahren. Die Arbeiten, welche in den Vereinsschulen gelehrt werden, beschränken sich auf die wirklichen Bedürfnisse des Hauses, als Stricken, Nähen, Merken, Sticken und Ausbessern der Wäsche. Größtentheils kommen die Kinder ohne alle Vorkenntniß zur Schule; nichtsdestoweniger haben sie, abgesehen von den Arbeiten für sich und ihre Angehörigen, im verfloßenen Jahre 4694 fl. verdient. Um die Mädchen an Sparsamkeit zu gewöhnen, wird ihr verdientes Geld, außer dem Falle eines dringenden Bedarfes — der sich leider, dem neuesten Berichte zufolge, in jüngster Zeit sehr oft einstellt — in die Sparcasse eingelegt. Die Büchel befinden sich in Verwahrung der leitenden Frauen und werden den Kindern b. i. ihrem Austritt aus der Schule ausgefolgt, wobei es vorkam, daß einzelne Mädchen über 100 fl. verdient hatten. Nach austretende Mädchen bitten oft um die Gestattung, ihre Einlagen fortsetzen zu dürfen. Seit dem Jahre 1851 bis Ende 1867 wurden 29.065 Mädchen in diesen Schulen unterrichtet. Die Summe des von den Schülerinnen verdienten Geldes betrug 50.654 fl. Die Einnahmen des Vereins im Jahre 1867 betrugen einschließlich Cassenrest 11.139 fl., die Ausgaben 9647 fl.

Locales.

— (Das Leichenbegängniß der hochgeb. Frau Franziska Gräfin v. Stubenberg) fand vorgestern unter außerordentlicher Theilnahme der Bevölkerung statt. Die Civil- und Militäranthonten, der Herr k. t. Landespräsident, das gesamte Officierscorps und eine unzählbare Menge aus allen Classen der Bevölkerung folgte dem Sarge, welchem die Zöglinge der Kleinlinderbewahranstalt, deren oberste Schutzherrin und stete Wohltäterin die Verewigte gewesen war, voranschritten. In ihrem Testamente bedachte die Verewigte auf die großmüthigste Weise vor allem ihre Dienstboten und vergaß fast Niemanden aus den ihr nahe stehenden Kreisen. Am Begräbnistage wurden 50 fl. an die Armen am Friedhofe vertheilt. Jede der 5 Pfarrkirchen erhielt 50 fl., ebensoviel das Versorgungshaus und jeder Pfarrer zur Vertheilung an die Armen; die neu erbaute Kanzel zu St. Jakob 50 fl.; das zu errichtende Taubstummeninstitut 4000 fl.; die Kleinlinderbewahranstalt 500 fl.; das Ursulinerloster in Laibach 500 fl.; ebensoviel jenes in Ladj; die Kirche in Altlad 100 fl.; die beiden Häuser Nr. 21 und 22 in der Grabischavordstadt wurden für ewige Zeiten als gräflich Stubenberg'sches Armenhaus gewidmet.

— (Ernennung.) Herr Conrad Logonder, Franziskaner-Ordenspriester der croatisch-krainischen Ordensprovinz, wurde zum Feld-Caplane 3. Classe, mit der Eintheilung beim Ublanen-Reg. Nr. 12 ernannt.

— (Der Krankenunterstützungs- und Versorgungsverein) hält morgen Sonntag Vormittag 10 Uhr im Rathhaussaale seine Generalversammlung ab, in welcher der Rechnungsabluß und Jahresbericht zur Kenntniß der Mitglieder gebracht wird.

— (Ein goldenes Bracelet) wurde gefunden. Der Verlustträger wolle sich diesfalls beim Stadtmagistrate anfragen.

— (Laibach-Villacher Eisenbahn.) Bezüglich der Herstellung einer Bahnverbindung zwischen Laibach und Villach sind zahlreiche Petitionen in dem Abgeordnetenhaus eingebracht worden, und zwar vom Landesausschuß, von der Handels- und Gewerbekammer, von den Städtgemeinden Krainburg, Ladj, Radmannsdorf, von den Großgrundbesitzern und Eisen-Industriellen aus den Bezirken Ladj, Radmannsdorf, Neumarkt, Kronau, von den Vergorren Gienern, Kropf und Steinbäcker, von mehreren Landgemeinden darunter Apling, Lengensfeld, Karnervellach, Vizau, Lees, Kronau etc., und aus Krain von der Marktgemeinde Tarvis, welche alle dahin gehen, daß das Abgeordnetenhaus noch im Laufe der Session die zur Sicherstellung und Verwirklichung der fraglichen Bahn führenden Beschlüsse fassen und nöthigenfalls die Regierung zur Einbringung der bezüglichen Vorlage auffordern möge. Die Regierung ist, wie man hört, auch gesonnen, in kurzer Zeit die betreffende Vorlage im Reichsrathe einzubringen.

Monatsversammlung des historischen und des Musealvereins vom 4. März.

(Schluß.)

Custos Deschmann zeigte eine Sammlung von 30 vergoldeten bronzenen Medaillen vor, welche auf die Siege der französischen Armee unter Napoleon I. geprägt wurden; sie kamen vor Kurzem dem Museum als ein Geschenk der verstorbenen Frau Gräfin Stubenberg zu.

Ferner wurde ein Meisterstück der Silberarbeiterkunst des 16. Jahrhunderts vorgewiesen, welches sich im Eigen-

thume des Herrn Lambert Luckmann in Laibach befindet. Es ist dies eine religiöse Medaille von außergewöhnlicher Größe, deren Durchmesser 10. Centimeter oder beiläufig 4 Zoll beträgt, sie ist aus dem feinsten Silber gearbeitet, im Gewichte von einer Mark, gleich zwölf Thalern. Das Stück wurde ursprünglich gegossen und dann mittelst Ciselirung mit einer bewunderungswürdigen Feinheit in den Details ausgearbeitet. Die Aversseite stellt die heilige Dreifaltigkeit dar, von Engeln umgeben, in erhabener Arbeit. Zu den Füßen Gott Vaters sind die Anfangsbuchstaben des Künstlernamens H. K. eingravirt. Die Umschrift trägt den biblischen Spruch: Propter scelus populi mei percussi eum. Esaias L. III. (Wegen der Laster meines Volkes habe ich ihn geschlagen. Jaias Buch III.). Auf der Reversseite befindet sich eine von stehenden Engeln gehaltene Tafel, die am oberen Rande ein einfaches Wappen, das von 4 glatten Querbalken durchzogen ist, trägt. Im Felde befindet sich ein schräge aufsteigender Balken mit 3 Kreuzen, die durch Punkte von einander getrennt sind. Die Inschrift auf der Tafel lautet: Haec est fides catholica, ut unum deum in trinitate et trinitatem in unitate veneremur. Alia est persona patris, alia filii, alia spiritus sancti. Sed pater et filii et spiritus sancti una est divinitas, aequalis gloria, coeterna majestas. O veneranda unitas, o adoranda trinitas, per te sumus creati, vera aeternitas, per te sumus redempti, summa tu charitas, te adoramus omnipotens, tibi canimus, tibi laus et gloria. (Dies ist der katholische Glaube, daß wir einen Gott in der Dreieinigkeit und die Dreieinigkeit in der Einheit verehren. Anders ist die Person des Vaters, anders des Sohnes, anders des h. Geistes. Doch eins ist die Göttlichkeit des Vaters, des Sohnes und des h. Geistes, gleich der Ruhm, gleich ewiglich die Majestät. O verehrungswürdige Einheit, o anbetungswürdige Dreieinigkeit! Durch dich sind wir erschaffen, wahre Ewigkeit, durch dich sind wir erlöst zu höchster Liebe, dich beten wir an Allmächtiger, dir lobsingend wir, dir sei Lob und Ruhm). Der Rand trägt folgende 22 Umschrift: Regnante Mauritio D. G. duce Saxoniae etc.: grossum hunc Lipsiae H. R. eudebat. Anno MDXLIII mense Janu: (Unter der Regierung des Moriz von Gottes Gnaden Herzogs von Sachsen wurde dieser Groschen zu Leipzig von H. K. geschlagen im J. 1544 im Monate Jänner). Das Prachtstück stammt demnach aus der Reformationsepoche und es verdient der Meister dieser kunstvollen Arbeit festgestellt zu werden, wozu jedoch die von den hiesigen Bibliotheken gebotenen Befehle nicht ausreichen.

Sodann kam ein vom Handlungspracticanen Heinrich Vertouy für das Museum gelieferter Beitrag aus der Vorzeit Krains unter den Römern, bestehend in einer bei St. Martin unter dem Großlahenberge aufgefundenen kleinen Schale von gefälliger Form, aus ungebranntem schwarzen Thon, zur Besprechung. Bekanntlich sind in der Umgebung von Gamling und St. Martin römische Funde schon öfter gemacht worden, und es wäre das dortige Landvolk von maßgebender Seite auf die Bedeutung solcher Gegenstände für die Geschichte Krains aufmerksam zu machen.

Die weiteren Mittheilungen bezogen sich auf naturhistorische Gegenstände.

Herr Landesgerichtsrath Couard v. Strahl hatte an das Museum schadenartige Athesenreste vom Aussehen eines Kupferaltes, welche sich seit der Heilung seiner Sparherde mit Eisenholz eingestellt hatten, zur Untersuchung geliefert. Die vom Realchulprofessor M. Hainz gelieferte qualitative chemische Analyse wies phosphorsaures Eisenoxyd als Hauptbestandtheil dieser Schale nach, eine auch im Mineralreiche

Seuiffleton.

Beim Leichenbegängnisse der Gräfin Franziska Stubenberg.

So gingst Du wieder hin zum Himmel,
Woher der Schöpfer Dich gesandt,
Dich, die im ird'schen Weltgetümmel
Nur Seligkeit im Wohthun fand.

Du trodest viel tausend Jähren
Und stilltest manches Schmerzensach,
Nun fließen Thränen Dir zu Ehren,
Weil, edle Frau! Dein Auge brach.

Die Kleinen, die Dein Aug' bewachte,
Gleiten trauernd Deine Bahre
Dein Herz noch sterbend sie bedachte:
O, daß Dein Segen sie bewahr!

Nicht Leidenschaft, nicht Groß, nicht Hassen
Hat Deine Seele je geüht:
Die Menschen liebend zu umfassen,
War Dir des Menschen höchster Werth.

Du wirst in der Grinn'ung leben
In treuen Herzen für und für,
Manch' Dankgebet wird sich erheben
Aus tiefer Seele hin zu Dir.

Die Dir voran geist von hinnen,
Die Lieb' und Treue Dir geweiht,
Du bist nun selig dort mit ihnen:
O, sei beglückt in Ewigkeit!

Dr. S. E.

Dinorah oder die Wallfahrt nach Ploërmel,

lyrische Oper in 3 Acten von G. Barbier und M. Carré,
Musik von Giacomo Meyerbeer.

Der Componist von „Robert dem Teufel“, der durch seine reiche melodische Erfindung, durch die Meisterhaftigkeit in der Handhabung aller Kunstmittel, durch die Effecte der Tonmalerei und die dämonische Großartigkeit derselben seinen Weltruhm begründete, hat durch seine „Dinorah“ die er (1859) in späten Jahren schuf, gezeigt, wie die Extreme sich berühren können. Es ist dieses Werk, wie ein Kritiker bemerkt, eine musikalische Idylle, ein Strauß von Waldblumen und Diamanten. In „Dinorah“ spricht der Meister von Herz zu Herz. Werfen wir vorerst einen Blick auf das Libretto.

Ein Hirtenmädchen, Dinorah, ist verrückt geworden, weil ihr Verlobter, Hoel, vor Jahresfrist sie plötzlich verlassen hat, oder vielmehr verschwunden ist. Der Grund seines Verschwindens ist der, daß ein alter Mann ihm gesagt, er könne einen Schatz finden, wenn er ein volles Jahr aus dem Dorfe abwesend sei und sich versteckt halte, ohne Jemandem den Grund seiner Abwesenheit mitzutheilen. Hoel kehrt gerade am Jahrestage seines heimlichen Verschwindens in das Dorf zurück, an welchem in Ploërmel eine Wallfahrt zu einem wunderthätigen Bilde unternommen wird. Er geräth in die Hütte des Schäfers Corentino in der Meinung, daß dieselbe noch von dem Alten bewohnt werde, welcher ihn beschworen hatte, vor einem Jahre zu verschwinden. Corentino wurde kurz vor dem Eintreffen Hoels durch die verrückte Dinorah geängstigt, welche ihn zwang, auf seiner Schalmel zu blasen und mit ihr zu tanzen, und sitzt jetzt schlummernd auf einem Sessel — neben ihm lehnt ebenfalls schlummernd Dinorah, die beim Eintre-

ten Hoel's aufschreckt, und ohne ihn zu erkennen, durch das Fenster flüchtet. Hoel trachtet Corentino zu überreden, mit ihm den Schatz zu heben, da nach einem alten Aberglauben derjenige, der den Schatz zuerst berührt, binnen Jahresfrist sterben muß, während Corentino, der ebenfalls von dieser Sage gehört, nur widerwillig und mißtraulich darauf eingeht.

Als beide daran schreiten, den Schatz, der in einer Höhle liegt, zu heben, begegnen sie Dinorah, die ihre Ziege suchend, Hoel nur halb erkennt, von ihm aber für eine trügerische Erscheinung gehalten wird. Ein Gewitter bricht los — Dinorah will ihre Ziege haschen und läuft über die Brücke — der Blitz schlägt in die Brücke und zertrümmert sie — Dinorah stürzt in den angeschwollenen Wildbach, der im Abgrunde braust. Hoel rettet sie, bringt die Bewußtlose ins Leben zurück und Dinorah wird beim Anhören des Gebetes, das die Landleute singen, wieder ihrer Sinne und ihres Verstandes mächtig und verlobt sich von neuem mit dem wiedergesundenen Hoel, der in ihrem Besitze einen genügenden Ersatz für den nicht gehobenen Schatz findet.

Aus der Menge des Gebotenen, welches kaum nach mehrmaligem Anhören gewürdigt werden kann, heben wir vor allem die Ouverture hervor, ein Meisterwerk genialer Instrumentirung. Von ergreifender Wirkung ist das Gebet der Landleute, ferner das große Duett des 1. Actes zwischen Hoel und Corentino, die große Arie der Dinorah im 2. Acte, sowie das Liederpiel, von welchem der dritte Act eingeleitet wird. Sicher werden unsere tüchtigen Gesangskräfte bestrebt sein, bei der heutigen Aufführung dieser Oper, welche vom Herrn Director Böllner aufs würdigste ausgestattet wurde, sich des Meisters würdig zu zeigen und wir dürfen daher einem genussvollen Abend entgegensehen.

vorkommende, unter dem Namen Bioanit oder natürliches Berliner Blau bekannte Verbindung, welche sich sonst in Torfgründen und auf nassen Wiesen zu bilden pflegt und deren Entstehung im vorliegenden Falle aus dem im Eisenholze schon von anderen Chemikern als z. B. Viebig u. a. m. nachgewiesenen Phosphor- und Eisengehalte erklärlich ist.

Weiters boten zwei vom Herrn Ludwig Dimih, Förster in Landstraß, an den Verein gesendete Fötusse, von einer Rebzeiß herührend, Veranlassung, die von Dr. Ziegler in Hannover erst im Jahre 1843 gelöste Frage über die eigentliche Brunnzeit der Rebe, ob im Juli und August (Frühbrunn) oder im November und December (Spätbrunn) zu berühren. Nach diesen Untersuchungen fände ein merkwürdiger Stillstand des Entwicklungsganges des befruchteten Eies in der Gebärmutter der Rebzeiß vom Juli an durch volle 4 1/2 Monate, also bis Mitte December statt, so daß es selbst für das geübte Auge des Anatomen schwer wird, es wegen seiner außerordentlichen Kleinheit zu finden. Erst nach der zweiten Hälfte des December beginnt das Ei mit der nämlichen Schnelligkeit, wie bei den übrigen Säugethieren zu wachsen und sich zu entwickeln, die Geburt erfolgt 40 Wochen nach der Befruchtung und Begattung. Die beiden eingesendeten Exemplare aus einem von einem Wildschützen erlegten Thiere herausgeschuitten, stimmen in ihrer Entwicklung mit einem zwei Monate alten menschlichen Fötus vollkommen überein.

Einige Städte krainischen Schwefels von der Kraina in Oesterreich boten dem Musealcomité Gelegenheit, eine von ihm aufgefundenen Baron Bois'sche Notiz über das Vorkommen dieses Minerals in Krain bekannt zu geben. Der Fund wurde vom Bois'schen Oberhutmänn Vincenz Polj bei Gelegenheit einer Triglawerleistung im Juli 1812 gemacht. Das Vorkommen ist kaum 300 bis 400 Klafter unter der höchsten Spitze jenes Berges, zwischen dem oberen Krainthale und Velopolje in einem kleinen Kessel, Cvikel v poden genannt. Der gedachte Schwefel von grauer Farbe ist dem Radobojer sehr ähnlich, er kommt in graugrünlichem Erzen vor. Auf dem Abhänge des obigen Kessels, jedoch bei 50° tiefer, fand Polj zwischen zwei hervorragenden Kalkschichten bituminösen Schiefer von kleinen Kohlenknäulen durchzogen, in der Nähe kommt eine Kalksteinbreccie vor. Die nähere geologische Untersuchung dieser Stelle wäre, abgesehen von der technischen Bedeutung des gefundenen Minerals, auch darum von großem Interesse, weil für den Fall, als der Schwefel analog dem Radobojer Vorkommen der tertiären Formation angehören würde, dieses das höchste bisher in Krain bekannt gewordene Aufsteigen der tertiären Schichten wäre.

Von den übrigen vorgewiesenen Naturalien verdient eine in jüngster Zeit für das Museum präparierte Brandeule von fuchsrother Färbung, als die hierlands seltener vorkommende Abart des gewöhnlichen Rauges (Ulula Aluco) gegenüber der häufigeren graubraunen Varietät hervorgehoben zu werden. Da besonders die verschiedenen Nachtulenarten in der Färbung des Gefieders mannigfach variiren, so wäre jeder derartige Beitrag von Seite der Jagdliebhaber in Krain dem Landesmuseum zur Vervollständigung der ornithologischen Sammlungen sehr erwünscht.

Zum Schlusse verlas Custos Deschmann die Schilderung eines von ihm im Juli 1866 auf die Kreuzer Alpen ober Stein unternommenen Ausfluges, worin die topographischen, botanischen und geognostischen Verhältnisse jenes Gebirgszuges ausführlich beschrieben sind. Die Kreuzer-Alpen sind dem eigentlichen Zuge der Steiner-Alpen vorgelagert, sie steigen unmittelbar aus der Birkacher Ebene bis zum höchsten Kamme des Greben, dessen Seehöhe vom Vortragenden mit 7111 Wiener Fuß barometrisch bestimmt wurde, hinan, und haben ihren Namen von der Alpenkrone der Herrschaft Kreuz am Kervauz. Von Laibach aus ist die ganze Verzweigung dieses Gebirgszuges mit seinen eminentesten Ruppen sehr wohl erkennbar, die Erhebung über St. Ambros ist gar nicht beschwerlich, der dortige Pflanzenreichtum bietet dem Botaniker eine reiche Ausbeute dar, die Aussicht kann als eine der imposantesten bezeichnet werden. Man sieht den Großglockner und die Tauernkette in Nordwest, sowie den Monte maggior und Klei in SW. und SO. Das den Kreuzer Alpen gegenüberliegende Panorama der schroffen Orinoutzette ist eine der großartigsten Hochgebirgslandschaften.

An die P. T. Herren Wähler für die krain. Handels- und Gewerbekammer.

Auf Grund der heute in einer zahlreich besuchten Versammlung der hiesigen Handels- und Gewerbetreibenden und Industriellen vorgenommenen Probewahl werden den P. T. Herren Wählern als Kandidaten für die diesjährigen Ergänzungswahlen zur krain. Handels- und Gewerbekammer nachbenannte Herren empfohlen:

Für die Handelssection.

Mitglieder:

Herr Alexander Pree, } Handelsleute
" Peter Jaknik, } in Laibach.
" Josef Kordin, }
" Josef Hauffen, }

Erfahrmänner:

Herr Johann Georg Winkler, } Handelsleute
" Johann Nep. Marinschek, } in Laibach.

Für die Gewerbection.

Mitglieder:

Herr Josef Pauer, } Gewerbsleute
" Franz Goltisch, } in Laibach.
" Johann Perles, }
" Lorenz Mikusch, }

Erfahrmänner:

Herr Herm. Straksmann, Gewerbsmann in Laibach.

Für die Montansection.

Herr Stanislaus Jabornegg, Gewerk in Neumarkt.
Laibach, am 29. Februar 1868.

Das Central-Comité für die Wahlen der krain. Handels- und Gewerbekammer.

Anerkennung und Dank.

Die Unterzeichneten, Mitglieder des hiesigen Krankenunterstützungs- und Versorgungsvereins, fühlen sich verpflichtet, das wohlthätige Wirken dieses noch jungen, aber im raschen Aufblühen begriffenen Vereines, welches sie selbst bei Krankheiten längerer und kürzerer Dauer, sowie bei vorgekommenen Sterbefällen von Vereinsmitgliedern zu erproben Gelegenheit hatten, zur allgemeinen Kenntniß zu bringen und der Direction dieses Vereines sowohl für die umsichtige Leitung desselben ihre Anerkennung, als auch für die immer rasch geleistete Hilfe ihren vollsten Dank auszusprechen, zugleich aber zur lebhaften Theilnahme an diesem, wahrhaft humanen Zwecke gewidmeten Vereine aufzufordern.

Laibach, im Jänner 1868.

Franz Marini, Karl Goltz, Josef Novack, Mathäus Koncar, im Namen Mehrerer.

Neueste Post.

Wien, 6. März. Im Unterhaus wurde die Generaldebatte über den Auschußantrag betreffs der Capitalfreigabe (Aufhebung des Wuchergesetzes) geschlossen. Beust sprach für den Auschußantrag. In der Specialdebatte wurde § 1 der Fassung des Ausschusses mit einem unwesentlichen Amendement des Justizministers angenommen.

Wien, 6. März. Der „Wiener Abendpost“ zufolge werden die neuen interconfectionellen Gesetze über die Ehe und die Trennung der Schule von der Kirche in Wirksamkeit treten, auch wenn die römische Curie die Abänderung des Concordats verweigern sollte.

Agram, 5. März. Bei der heutigen Gemeinderathswahl des zweiten Wahlkörpers des zweiten hauptstädtischen Bezirkes haben gleichfalls die Candidaten der Unionspartei die Majorität erlangt. — Bei der gestrigen und heutigen Wahl haben sich die Wähler der nationalen Partei der Abstimmung enthalten.

Dresden, 5. März. Das „Dresdener Journal“ dementirt die Zeitungsnachricht von dem bevorstehenden Uebertritte des sächsischen Kriegsministers in preussische Dienste und der weiter bevorstehenden Beschränkung der Selbständigkeit der sächsischen Armee-corps.

Telegraphische Wechselcours.

vom 6. März.

Spec. Metalliques 57.10. — Spec. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 57.60. — Spec. National-Anlehen 65.60. — 1860er Staatsanlehen 82.40. — Bankactien 703. — Creditactien 187.40. — London 116.30. — Silber 113.75. — A. I. Ducaten 5.55 1/2.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Postvereinsvertrag. Der zwischen Oesterreich und dem norddeutschen Bunde, dann den süddeutschen Staaten Baiern, Württemberg und Baden vor Kurzem abgeschlossene Postvereinsvertrag wird dem allseitig getroffenen Uebereinkommen gemäß unabänderlich mit 1. April 1868 in Wirksamkeit treten. Es wird daher mit diesem Tage auch eine wesentliche Veränderung in der Taxirung der Fahrpostsendungen nach und aus den deutschen Staaten im Interesse des verhandelnden Publicums eintreten.

Telegraphen-Tarif. Der Agiozuschlag, welcher zu den Gebühren für die Beförderung der Depeschen nach den außer-europäischen, dem Pariser Telegraphen-Vertrage vom 17. Mai 1865 mit beigetretenen Staaten zu erheben ist, wird für den Monat März auf 15 Percent festgesetzt.

Verwaltung des Salinenwesens. Wie man hört, sind gegenwärtig neue Verhandlungen wegen Organisirung des Montan- und Salinenwesens im Zuge. Von dem Gedanken, die Verwaltung des ganzen Salinenwesens, sowie des für Rechnung des Staates betriebenen Bergbaues und Hüttenwesens an die Finanz-Landesbehörden zu übertragen, ist man zurückgekommen.

Verstorbene.

Den 1. März. Der Frau Gertraud Böhm, f. t. Steueramts-Officialswitwe, ihre Tochter Emilia, alt 5 1/2 Jahre, in der Poslanavorstadt Nr. 16, an der häutigen Bräune.

Den 2. März. Maria Gostinjar, Inwohnerwitwe, alt 60 Jahre, im Civilspital am Blutsturze.

Den 3. März. Herr Johann Markels, Schnidmeister, alt 60 Jahre, in der St. Petersvorstadt Nr. 96, an der Lungen sucht. — Dem Lorenz Ruperscht, Stadtwachmann, sein Kind Johanna, alt 14 Monate, in der Stadt Nr. 226, an Bauchstropheln. — Die hochgeborene Frau Gräfin Franziska von Stubenberg, f. t. Kämmerers- und Subernalrathswitwe, alt 72 Jahre, in der Stadt Nr. 281, an Erschöpfung der Lebenskräfte. — Dem Herrn Johann Schindler, Tuchmacher, sein Sohn Josef, alt 7 Jahre, in der Stadt Nr. 96, an der Auszehrung. — Maria Ramovs, Inwohnerwitwe, alt 73 Jahre, in der Tirnavorstadt Nr. 18, an der Lungenentzündung.

Den 4. März. Frau Anna Brodnig, Inwohnerwitwe, alt 95 Jahre, in der Stadt Nr. 19, am Brand der Lungen.

Anmerkungen. Im Monate Februar 1868 sind 56 Personen gestorben, darunter waren 26 männlichen und 30 weiblichen Geschlechtes.

Angefommene Fremde.

Am 5. März.

Stadt Wien. Die Herren: Händler, Handelsmann, von Gottschee. — Schiemer, Handelsmann, von Kerndorf. — Merstin, von Klagenfurt. — Mader, von Joachimsthal. — Fitz, Kaufmann, von Agram.

Elephant. Die Herren: Lewi, Kaufmann, von Bratitz. — Frankenberg, von Wien. — Gubner, von Neumarkt. — Baron Liebenberg, f. t. Oberlieutenant, von Krems.

Baierischer Hof. Herr Bischof, Fabrikreisender, von Graz. **Wöhren.** Herr Passos, Bindermeister, von Eilli.

Theater.

Heute Samstag:

Dinorah.

Lyrische Oper in 3 Acten von Meyerbeer.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Wärz	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in vacuo (reducirt auf 0° R.)	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Witterung	Niederschlag in Wiener Maas
6	U. M.	321.33	+ 5.3	windstill	trübe	
6	2 „	319.36	+ 6.9	windstill	dünn bew.	0.00
10	Ab.	320.74	+ 4.1	windstill	ganz bew.	

Vormittag düster. Regenvölkchen. Nachmittag dünn bewölkt. Abends um 6 1/2 Uhr fernes Gewitter in SO. mit lebhaften Blitzen durch eine Stunde, Donner nicht vernehmbar. Mondhale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayer

Börsenbericht. Wien, 5. März. Die Coursveränderung der Fonds und Actien erstreckte sich nicht über einen Abstieg von wenigen Zehnteln, während Devisen und Banknoten um nahezu 1 pCt. billiger abgegeben wurden. Geld flüssig. Geschäft beschränkt.

Öffentliche Schuld.		Geld Waare		Geld Waare		Geld Waare	
A. des Staates (für 100 fl.)		B. der Kronländer (für 100 fl.)		Süd-St.-L.-ven. n. z. i. C. 200 fl.		Ballfay zu 40 fl. CM.	
In d. W. zu 5 pCt. für 100 fl.	53.— 53.10	Niederösterreich zu 5%	86.75 87.25	Gal. Karl-Lud.-B. 1. 200 fl. CM.	204.50 204.75	Clary „ 40 „	27.50 28.50
In österr. Währung freierfrei	57.70 57.80	Oberösterreich „ 5 „	87.— 87.50	Böhm. Westbahn zu 200 fl.	148.— 148.50	St. Genois „ 40 „	24.25 24.75
Steuerauf. in d. W. v. J. 1864 zu 5 pCt. rückzahlb.	89.— 89.50	Salzburg „ 5 „	87.50 88.50	Defi. Don.-Dampfsch.-Ges. f. 100 fl.	483.— 485.—	Windischgrätz „ 20 „	17.50 18.50
Steuerauf. in öst. W. „ 5 „	87.50 87.75	Böhmen „ 5 „	91.50 92.—	Defi. Don.-Dampfsch.-Ges. f. 100 fl.	483.— 485.—	Waldstein „ 20 „	21.— 22.—
Silber-Anlehen von 1864	— 73.—	Nähren „ 5 „	88.50 89.—	Defi. Don.-Dampfsch.-Ges. f. 100 fl.	483.— 485.—	Keglevich „ 10 „	14.75 15.25
Silberanl. 1865 (fres.) rückzahlb.	— 73.—	Schlesien „ 5 „	88.50 89.50	Wien-Dampfsch.-Actg. 500 fl. d. W.	448.— 452.—	Rudolf-Stiftung „ 10 „	14.50 15.50
in 37 J. zu 5 pCt. für 100 fl.	— 73.—	Steiermark „ 5 „	88.50 89.50	Bester Kettenbrücke „ 40 „	335.— 335.—	W e c h s e l. (3 Monate.)	
Nat.-Anl. mit Jän.-Coup. zu 5%	66.70 66.80	Ungarn „ 5 „	69.75 70.50	Anglo-Anstria-Bank zu 200 fl.	116.— 116.50	Augsburg für 100 fl. südd. W.	96.25 96.50
„ „ „ Apr.-Coup. „ 5 „	65.65 65.75	Temer-Banat „ 5 „	69.50 70.—	Lemberg Czerernowitzer Actien.	178.75 179.25	Frankfurt a. M. 100 fl. detto	96.30 96.60
Metalliques „ 5 „	57.10 57.30	Croatien und Slavonien „ 5 „	69.— 70.—	Pfandbriefe (für 100 fl.)		Hamburg, für 100 Mark Banco	85.60 85.90
detto mit Nat.-Coup. „ 5 „	57.80 58.—	Galizien „ 5 „	64.25 65.—	National- „ verlosbar zu 5%	95.30 95.60	London für 10 Pf. Sterling	116.20 116.50
detto „ 4 1/2 „	50.25 50.75	Siebenbürgen „ 5 „	64.50 65.—	„ „ „ „	90.80 91.—	Paris für 100 Franken	46.10 46.25
Mit Verlos. v. J. 1839	167.— 167.50	Bukovina „ 5 „	64.— 64.50	Nationalb. auf d. W. verlosb. 5 „	91.25 91.75	Cours der Geldsorten	
„ „ „ 1854	74.— 74.50	Ung. m. d. B.-C. 1867	67.25 67.50	„ „ „ „	100.— 101.—	Geld Waare	
„ „ „ 1860 zu 500 fl.	82.— 82.10	Tem. B. m. d. B.-C. 1867	67.— 67.25	„ „ „ „	100.— 101.—	A. Münz-Ducaten 5 fl. 54 kr.	5 fl. 55 kr.
„ „ „ 1860 „ 100 „	89.50 89.75	Actien (pr. Stck.)		„ „ „ „	100.— 101.—	Napoleon'sd'or „ 9 „ 24 „	9 „ 24 „
„ „ „ 1864 „ 100 „	80.— 80.10	Nationalbank (ohne Dividende)	702.— 705.—	„ „ „ „	100.— 101.—	Russ. Imperials „ 9 „ 63 „	9 „ 65 „
Como-Rentenfch. zu 42 L. aust.	19.50 20.—	A. Ferd.-Nordb. zu 1000 fl. d. W.	1730.— 1735.—	„ „ „ „	100.— 101.—	Bereinsthaler „ 1 „ 70 „	1 „ 70 „
Domainen Spec. in Silber	105.— 105.25	Aredit-Anstalt zu 200 fl. d. W.	186.50 187.—	„ „ „ „	100.— 101.—	Silber „ 113 „ 75 „	114 „ 25 „
		N. d. Econ.-Ges. zu 500 fl. d. W.	648.— 690.—	„ „ „ „	100.— 101.—	Krainische Grundentlastungs-Obigationen, Pristatutirung: 864 Geld, 874 Waare.	
		S.-C. G. zu 200 fl. CM. o. 500 fr.	255.— 255.10	„ „ „ „	100.— 101.—		
		Kais. Elis. Bahn zu 200 fl. CM.	140.— 140.50	„ „ „ „	100.— 101.—		
		Süd.-nordb. Ver.-B. 200 „ „	136.50 136.75	„ „ „ „	100.— 101.—		